

300 000 Mann weniger

sp- Die Ankündigung der Sowjets, 300 000 Soldaten in das Zivilleben zu entlassen - 41 000 davon aus der Zone und 17 000 aus Ungarn - ist in den westlichen Hauptstädten zum Teil mit der Bemerkung quittiert worden, Moskau habe auch dann noch, zusammen mit China, rund 3 Millionen Mann mehr unter den Waffen als der vereinigte Westen. Das mag richtig sein, ist aber keine Antwort auf die Taktik der Sowjets im psychologischen "Kalten Krieg".

Sicher wird Moskau mit der Herabsetzung der effektiven Truppenstärke die Kampfkraft seiner Armee nicht schwächen; die Entwicklung der Raketenwaffen lässt ohnehin immer mehr die Frage der Truppenstärken der einzelnen Staaten problematisch werden. Vielmehr dürfte es Moskau im gegenwärtigen Zeitpunkt darauf ankommen, seine Bereitschaft zu Abrüstungsmassnahmen der Weltöffentlichkeit begreiflich zu machen.

Als vor etwa 1 1/2 Jahren bei den Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNO über die Reduzierung der Truppenstärken diskutiert wurde, meldeten sich im Westen gewichtige Stimmen, die aus sachlichen und psychologischen Gründen das Eingehen auf die sowjetischen Vorschläge forderten. Damals ging es hierbei u.a. auch um den "Kaufpreis", den man hätte anbieten oder fordern können, wenn man bereit gewesen wäre, Vereinbarungen über die Verringerung der Truppenbestände in West und Ost zu treffen. Die Verhandlungen sind seiner Zeit im Sande verlaufen und Truppenreduzierungen, die z.B. von den Engländern vorgenommen wurden, (Rückzug aus der Bundesrepublik) hatten weder einen psychologischen noch einen politischen Effekt.

Heute haben die Russen wieder die Initiative ergriffen. Sie demonstrieren, dass sie es sich leisten können, einige 100 000 Mann Soldaten wieder dem Produktionsprozess zuzuführen, während der Westen in dieser Beziehung vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit leeren Händen dasteht.

Es gab eine Zeit, da man in Büchern und Filmen russische Diplomaten als primitive Dummköpfe darstellte, während westliche Diplomaten in den gleichen Filmen und Büchern charmante Überlegenheit, grosse Bildung und noch grösseres Können zur Schau stellten. Man sollte diese Bücher einstampfen und die Filme verbrennen. Das Bild, das man sich von der sowjetischen Minderwertigkeit im Spiel der Diplomatie gemacht hatte, stimmt nicht mehr.

Der Streit um die "europäische Hauptstadt"

ler. Wie schwer es ist, ein Europa zu schaffen, wie es den verschiedensten Europaplanern vorschwebt, zeigt wiederum der Streit um die europäische Hauptstadt. Sie soll die Organe der europäischen Gemeinschaften beherbergen: Gemeinsamer Markt, Euratom und Montan-Union. Wen aber von den Städten Westeuropas soll diese Ehre zufallen? Viele nehmen sie für sich in Anspruch. Die Italiener empfehlen Mailand oder Turin, die Franzosen Strassburg, die Belgier loben die Vorzüge ihrer Hauptstadt Brüssel und das kleinste Land der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Luxemburg, weist darauf hin, dass die Montan-Union daneben schon in diesem Land ihren Sitz habe. Warum nicht die anderen Gemeinschaften daran anschliessen?

Auf der zweitägigen Tagung der Aussenminister der sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kam es deshalb zu Auseinandersetzungen. Nationale Eifersüchteleien und Prestigerücksichten erwiesen sich vorerst stärker als sachliche Überlegungen. Nur die Bundesrepublik und zu ihrer Ehre sei es diesmal gesagt - spielte den Unbeteiligten, ihr ist es im Grunde genommen egal, wo der Sitz der europäischen Hauptstadt liegt. Ein sehr vernünftiger Standpunkt. Die Hauptsache bleibt doch, dass, wie immer auch die künftige Hauptstadt heissen mag, das grosse Werk vertiefter europäischer Zusammenarbeit begonnen und weitergeführt werden kann. Die Verträge über die EWG und Euratom sind ohnehin schon mit dem ersten Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Sollen sie nicht ein luftleeres Gebilde bleiben, paraphiert in umfangreichen Büchern, dann muss auch der organisatorische Rahmen funktionieren, um ihnen Lebenskraft einzuhauchen.

Aber - und das ist immerhin betrüblich - hart im Raume stossen sich die Dinge. Schon am ersten Tag der Zusammenkunft stellte es sich her us: es besteht keine Aussicht, schon jetzt eine gemeinsame Hauptstadt zu finden, obwohl alle Teilnehmer darin übereinstimmen, dass diese Hauptstadt der Sitz aller europäischen Gemeinschaften zu sein hat. Schon spricht man von "provisorischen" Lösungen. Sollen diese etwa in der Zersplitterung bestehen, so dass für Brüssel und für Mailand und für Strassburg auch etwas abfällt? Das wäre allerdings ein schlechter Anfang, wenn auch ein Spiegelbild nationaler Ressentiments, die es doch zu überwinden gilt.

Die Geschichte eines Prozesses, der nicht stattfand

Am 9. Juli 1952 veröffentlichte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" in einem sensationellen Artikel Behauptungen über Bundeskanzler Adenauer, Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt: Ihnen wurde unter anderem vorgeworfen, gegen Bezahlung Nachrichten an den französischen Geheimagenten Schmeisser geliefert zu haben. Diese Behauptungen stützten sich auf Aussagen des früheren französischen Agenten Schmeisser, die von dem ehemaligen Ministerialrat Ziebell an den "Spiegel" herangetragen worden waren. Die Beschuldigten erwirkten die Beschlagnahme der Zeitschrift und stellten gegen Verfasser und Herausgeber Strafantrag, der zur Anklageerhebung und am 28. September 1955 zur Hauptverhandlung vor dem Landgericht Hannover führte.

*

"Der am Montag vor der grossen Strafkammer des Landgerichts Hannover eröffnete sogenannte Schmeisser-Prozess wurde am Dienstag eingestellt, nachdem Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Nebenkläger Botschafter Herbert Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt ihre Strafanträge zurückgenommen hatten. Der Hauptangeklagte Konrad Schmeisser muss die bisherigen Verfahrenskosten tragen".

(dpa, 27.9.1955)

"Im Prozess gegen den 35 Jahre alten Rechtskandidaten Hans-Konrad Schmeisser und seine drei Mitangeklagten hat der Oberstaatsanwalt in Hannover wegen der Kostenentscheidung Revision gegen das Urteil des Landgerichts Hannover (über die Einstellung des Prozesses d.R.) eingelegt".

(dpa, 29.9.1955)

"Ein Regierungssprecher teilte am Montag in Bonn mit, dass das Verfahren gegen den früheren Ministerialrat Ziebell fortgesetzt und von der Einstellung des Verfahrens gegen Schmeisser nicht berührt wird".

(dpa, 3.10.1955)

"CDU-Vorstandsmitglieder äusserten sich enttäuscht über Globkes Vortrag zum Schmeisser-Prozess. Habe sich auf Charakterisierung der Personen beschränkt, aber zum Tatbestand selbst wenig gesagt. Tatbestand müsse im Ziebell-Verfahren nochmals aufgerollt werden".

(Politik und Wirtschaft, 12.10.1955)

"Der in Hannover angestrebte Prozess ist keineswegs beigelegt. Von Regierungsseite ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass der Prozess gegen den früheren Ministerialrat Ziebell fortgesetzt und durchgeführt wird. Wir finden es sehr erstaunlich, dass von dieser Tatsache so gut wie gar nicht Notiz genommen wird. Die deutsche Öffentlichkeit darf aber beruhigt sein. Die gerichtliche Aufklärung des Falles Schmeisser ist sichergestellt. Bundeskanzler Dr. Adenauer, Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt denken nicht daran, den Hannover'schen Prozess im Sande verlaufen zu lassen".

(Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Kreise, regierungsaffiziös, 13.10.1955)

"Dem Vernehmen nach haben sich die Nebenkläger Bundeskanzler Dr. Adenauer, Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt jetzt endgültig entschlossen, das am ersten Tage des Schmeisser-Prozesses abgetrennte Verfahren gegen Ministerialrat a.D. Ziebell durchführen zu lassen. Der Prozess gegen Ziebell soll bereits in absehbarer Zeit stattfinden".

(Wolfsburger Allgemeine, 15./16.10.1955)

"Das Verfahren gegen Ziebell wird fortgeführt. Die Annahme eines deutschen Nachrichtenmagazins, der Strafantrag des Bundeskanzlers beziehe sich nicht auf Ziebell, ist irrig... Die Antragsteller legen Wert darauf, dass

7. Januar 1958

das Verfahren gegen Ziebell so schnell wie möglich durchgeführt wird".
(Presse- u. Informationsamt der Bundesregierung, 18.10.1955)

"Nach ständiger Rechtssprechung umfasst ein Strafantrag alle Beteiligten im weitesten Sinne. Somit erstreckt sich der Strafantrag des Bundeskanzlers vom 8.7.1952 auch auf Ziebell, weil dieser zu den Verfassern des "Spiegel"-Artikels gehört, da er das Material zu dem Artikel geliefert und die Richtigkeit des fertigen Entwurfs des Artikels den Redakteuren des "Spiegels" ausdrücklich bestätigt hat. Überdies beziehen sich die Strafanträge der Nebenkläger Blankenhorn und Reifferscheidt ebenfalls auf Ziebell".
(Presse- u. Informationsamt der Bundesregierung, 24.10.1955)

"Ich darf wiederholen, meine Damen und Herren, dass diejenigen, die eine gerichtliche Feststellung und Aufklärung noch wünschen, eine solche in dem Verfahren gegen Ziebell erhalten werden."
(Bundeskanzler Dr. Adenauer, 7.12.55 vor dem Bundestag)

"Vor dem Bundesgerichtshof grang die Staatsanwaltschaft mit ihren Gründern nicht in allen Teilen durch. Vor allem widersprach ihr das höchste Gericht dort, wo sie glaubte, das Verfahren hätte schon deshalb nicht eingestellt werden dürfen, weil der Bundeskanzler die Bedingung gestellt hatte, dass auf ihr keine Kosten entfallen dürften.

Entscheidend ist jedoch, dass der Bundesgerichtshof dem Hauptantrag der Staatsanwaltschaft folgte: Das Verfahren gegen Schmeisser und Genossen muss in Hannover noch einmal durchgeführt werden".
(Abendpost, 29.4.1956)

"Der Schmeisser-Prozess, in dem Bundeskanzler Adenauer und Botschafter Blankenhorn verwickelt waren, ist durch einen Beschluss der 3. Strafkammer des Landgerichts Hannover jetzt beendet worden. Nach diesem Beschluss wird das Strafverfahren gegen den früheren Chefagenten des französischen Geheimdienstes Hans-Konrad Schmeisser, den Herausgeber der Wochenzeitschrift "Der Spiegel", Dr. Rudolf Augstein, und die "Spiegel"-Redakteure Hans-Herrmann Mans und Hans-Dieter Jaene wegen Verleumdungen und übler Nachrede eingestellt...

Das in der Hauptverhandlung abgetrennte Verfahren gegen den mitangeklagten Ministerialrat a.D. Ziebell schwebt noch".
(dpa, 25.11.1957)

"Im Schmeisser-Prozess wurde nach Mitteilung des Niedersächsischen Justizministeriums jetzt auch das Verfahren gegen Ministerialrat a.D. Günter Ziebell vom Landgericht in Hannover eingestellt. Nachdem Ziebell ähnlich wie der Herausgeber und die Redakteure der Wochenzeitschrift "Der Spiegel" - eine Ehrenerklärung abgegeben hatte, haben Bundeskanzler Dr. Adenauer, Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt ihre Strafanträge gegen Ziebell zurückgenommen...

Nachdem bereits vor einigen Wochen das Verfahren gegen die "Spiegel"-Angehörigen eingestellt worden war, sind die Akten nun über den Schmeisser-Prozess geschlossen worden".
(dpa, 6.1.1958)

China heute

Ein bemerkenswertes Kapitel aus dem im Paul List-Verlag, München, erschienenen Buch "Die Front der Farbigen" von * * *

Fünf Jahre sind eine verschwindend kurze Zeit im Leben der Völker. Man kann daher wirklich sagen, dass China zwischen 1945 und 1950 praktisch über Nacht zu einer Grossmacht wurde. Wie in den Tagen der Republik Venedig, als die Mongolen unter Kublai Khan in Peking einbrachen, ist China vor unseren Augen wieder geworden, was es bereits vor fünfhundert Jahren war: Die dominierende Grossmacht Asiens.

Dass dies auch in militärischer Hinsicht zutrifft, mussten wir auf den Schlachtfeldern Nordkoreas erfahren. Das Erstaunliche dabei ist, dass die organisatorische Leistung der kommunistischen Regierung in Peking die ihrer sogenannten Lehrmeister in Moskau in jeder Hinsicht übertrifft. Den chinesischen Kommunisten gelang in vier Jahren, was den vorhergehenden Regierungen vier Jahrzehnte lang nicht geglückt war; sie brachten das Riesenreich mit seinen fast 600 Millionen Einwohnern restlos unter die Kontrolle der Zentralregierung in Peking. Ist bereits das eine Respekt einflössende Leistung, so kommt hinzu, dass auch jene Teile, die nur noch nominell chinesisches Hoheitsgebiet waren, aber eigentlich neben China autonom dahinlebten, also die Mandschurei, der mongolische Grenzgürtel, Sinkiang und Tibet, wieder unter die Autorität der neuen "Volksrepublik" gezwungen wurden. Gleichzeitig schossen Stahlwerke aus dem Boden; wurden Strassen gebaut, wurde das durch den Krieg zerstörte Eisenbahnnetz nicht nur restauriert, sondern vergrössert. Und im gleichen Tempo verschwanden alte Schäden, die in Chinas Boden verwurzelt schienen, die Bettler, der Schmutz, die Fliegen, das Ungeziefer und die Millionenhäere von halben und ganzen Prostituierten. Freilich verschwand mit ihnen auch die Buntheit des chinesischen Lebens. Dieses Opfer war schwerlich zu vermeiden. Doch man kann heute sagen, dass noch niemals eine Revolution in so kurzer Frist das äussere Bild eines Reiches und seiner Menschen so gründlich änderte wie die Revolution der chinesischen Kommunisten, die praktisch von einem Tag zum anderen das Leben eines Volkes Übergangslos veränderten.

Der kommunistische Sieg bedeutete für die Welt mehr als nur die Entstehung einer neuen Grossmacht in Asien. Er verschob das Gleichgewicht der Kräfte in West und Ost. Im Gegensatz zu anderen Kommunisten sind Mao Tse-tung, der Staatschef, Tschu Teh, der Oberkommandierende der Streitkräfte der Volksarmee, und all die anderen Männer an der Spitze Chinas niemals im eigentlichen Sinne Kostgänger Moskaus gewesen. Infolgedessen hatten sie ihren Sieg fast ausschliesslich ihrer eigenen Tüchtigkeit zu verdanken. Vieles wurde sogar gegen die offizielle Moskauer Politik erreicht. In den langen Jahren der Verfolgung und des militärischen Kampfes gegen die Streitkräfte Tschiang Kai-scheks hat es nicht an Zeiten einer ernsthaften Verstimmung zwischen Moskau und dem Hauptquartier der 18. Feldarmee, der Kerntruppe Mao Tse-tungs, gefehlt. Da die Anfänge des chinesischen Kommunismus aus den Tagen der Russischen Revolution von 1917 datierten und die führenden Männer in Peking nicht weniger lang und hingebungsvoll für ihren Kommunismus gekämpft hatten, als die führenden Männer im Kreml, war es für die Sowjetunion ein äusserst delikates Problem, das richtige Verhältnis zur Volksrepublik China zu finden. Der Sieg der chinesischen Kommunisten war seinerzeit Generalissimus Stalin zweifellos höchst unangenehm gekommen. Er konfrontierte das Zentralkomitee der russischen KP zum ersten Mal in seiner Geschichte mit einer Situation, auf welche die Leitsätze, die man sich im Laufe der Zeit zu eigen gemacht hatte, nicht mehr gefahrlos anwendbar waren. Wenn auch führende chinesische Politiker gern von ihrem Nachbarn als dem "grossen Bruder" sprachen, so haben die Russen doch sehr schnell merken müssen, dass es um ihre Sache

in Asien schlecht stand, wenn sie die Chinesen nicht als gleichberechtigte Partner behandelten. Und das schmerzte die "Mutter der Arbeiterrevolutionen" sehr und versetzte ihrem Selbstgefühl einen empfindlichen Stoss.

Chinas Aufstieg zur Grossmacht wurde daher trotz der offiziellen Herzlichkeit im Krenl mit grosser Sorge betrachtet. Es war nicht zu leugnen, dass es seit Jahren eine chinesische und eine russische Asienpolitik gab, die nicht in allen Punkten übereinstimmte. Auch weiss man heute, dass in den nichtkommunistischen Ländern Ost- und Südostasiens getrennt marschierende kommunistische Kader auftauchen, die ihre Anweisungen von verschiedenen Zentralen erhalten. Trotzdem muss man sagen, dass die Russen in der Behandlung der Asiaten realistischer waren als der Westen.

Unmittelbar nach Stalins Tod entschieden sie sich für ein sehr grosszichtiges Hilfsprogramm, das an nicht so strenge Bedingungen gebunden war wie manches Angebot aus dem Westen. Die industrielle und militärische Ausrüstung Chinas erfolgte mit der Hilfe russischer Milliarden und russischer Techniker. Entgegen anderslautenden Vermutungen hatten die Chinesen den Russen nicht viel dafür zu bieten. Wie die Amerikaner sind heute auch die Russen gezwungen, gegenüber ihren asiatischen Freunden die Karte der "gutmachbarlichen Hilfe" auszuspielen. Dafür erkannte man in Moskau auch weitaus nüchterner als in Washington, dass sich in zehn Jahren keine Macht der Welt mehr ernstlich einem so raff organisiertem, leidlich industrialisierten 700-Millionen-Staat widersetzen kann.

Die Folgen des Bevölkerungsdruacks Chinas stellen schon heute ein ernstes Problem in Asien dar. Da sind zunächst die Auslandschinesen, rund zwölf Millionen. Sie leben in den Nachbarländern der Volksrepublik, ihre Existenz hat ein innerasiatisches Rassenproblem geschaffen, das überall an die Stelle des Gegensatzes farbig - weiss tritt, wo die koloniale Herrschaft ein Ende gefunden hat. Verschärft werden diese Gegensätze durch die Tatsache, dass die chinesischen Minderheiten in Ländern wie Siam und Malaya, zum Teil auch in Indonesien, nicht nur die wohlhabendste Bevölkerungsgruppe stellen, sondern geradezu eine Schlüsselposition in der Wirtschaft der Gastländer bezogen haben. Dies trotz zahlreicher Einschränkungen, Sondersteuern und Beschäftigungsverbote für Chinesen. Jene Länder wissen, dass jede Aktion gegen die chinesischen Minderheiten das Wirtschaftsleben des eigenen Landes weitgehend zum Erliegen bringen würde.

Zweifellos liegen die Sympathien der Auslandschinesen nur zum Teil bei der Regierung der Volksrepublik. Aber familiäre Bindungen spielen bei diesem Volk eine grosse Rolle. Bei der älteren Generation sind sie häufig stärker als politische Überzeugungen. Und bei den Jüngeren, soweit sie nicht in der Kultur der Gastländer untergehen, bildet der Stolz auf das neue, mächtige Heimatland einen starken Kitt. Tausende von Auslandschinesen studieren heute schon an den Hochschulen der Volksrepublik.

Trotzdem sind gerade die chinesischen Minderheiten häufig eine Säule der kommunistischen Parteien Südostasiens. Die Volksrepublik ist in ihrer internationalen Politik längst nicht mehr auf diese Hilfstruppen angewiesen. Das neue China hat geschickt verstanden, seine Stimme auch dort zur Geltung zu bringen, wo man bisher das Auftreten eines chinesischen Botschafters nicht besonders beachtet hatte. Die Konferenz von Bandung hat davon Zeugnis abgelegt.

Wer die Geschichte der chinesischen Kommunistischen Partei kennt, die Zähigkeit, mit der die Männer um Mao Tse-tung kämpften, dem fällt es schwer, zu glauben, dass die amerikanische Politik Rotchina zu ignorieren, auf die Dauer Erfolg haben kann! Mao Tse-tung und seine alten Kämpfer haben Schlimmeres ausgehalten als eine Wirtschaftsblockade. So dürfte auch die konsequente Nichtanerkennung der Pekingener Regierung durch die USA die

Entwicklung im Fernen Osten schwerlich aufhalten. Der asiatischen Bündnispolitik der Amerikaner würde nur dann ein Erfolg beschieden sein, wenn die beteiligten Regierungen, um die es geht, eine soziale und politische Neuordnung ihrer Völker durchzuführen verstünden.

Denn der kleine Mann, den es im Fernen Osten so gut gibt wie in Hamburg, Paris oder Louisiana, bewundert an den Chinesen, dass sie den Minderwertigkeitskomplex überwandten, der den farbigen Völkern als eine Folge von Kolonialismus und technischer Unterlegenheit nun einmal gegenüber dem weissen Mann anhaftet.

Schliesslich ist nach Jahrhunderten der Demütigung und Machtlosigkeit der Wunsch, eine Kraft zu sein, die vor jedermann respektiert wird, ein starker Auftrieb für jeden jungen Farbigen, der das A b c gelernt hat. Er sieht und liest überall, dass die Volksrepublik China Macht hat, wirkliche Macht. Bald wird sie, sagen sie, genug Macht haben, um über Krieg und Frieden auf dem ganzen Erdball zu entscheiden. Wahrscheinlich täuschen sich die jungen Idealisten in dieser Annahme. Vieles spricht dafür, dass der überbevölkerte Riesenstaat gerade wegen seiner schnellen Umschaltung vom Verfall auf den Wiederaufbau zu grobschlächtig, schwerfällig und plump ist, um nach aussen hin politisch sehr aktiv zu werden. Doch hat er zumindest eine Chance, die Zeiten zu überstehen, zu bleiben, was er über Nacht geworden ist. Und schon darin kann für die Bewohner im Fernen Osten ein bedeutender Reiz, eine gefährliche Anziehungskraft liegen.

Die Tschiang-Kai-Schek-Deutschen

sp- Eine Delegation von CDU- und CSU-Bundestagsabgeordneten hat auf Einladung der nationalchinesischen Regierung eine Reise nach Formosa angetreten, um, wie es heisst, den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dieser letzten Domäne Tschiang-Kai-Scheks zu untersuchen und die Möglichkeiten industrieller Investitionen zu prüfen. Der Delegation gehören unter anderem der Vizepräsident des Bundestages Dr. Jäger, der Vorsitzende des Aussenhandelsausschusses, Serres, und der Geschäftsführer der Salzgitter-Industriebau G.m.b.H. an - man sieht aus der Zusammensetzung dieser Abordnung, dass nicht allein die Reiselust das bestimmende Motiv ist. Wie die Dinge liegen, kann das Erscheinen westdeutscher Bundestagsabgeordneter in umstrittenen Formosa nur als eine Provokation wirken, nicht nur für das Festlandchina mit seinen 600 Millionen Menschen sondern für viele Völker und Regierungen Asiens, die in dem gestürzten und in den weltpolitischen Windschatten gestellten Tschiang-Kai-Schek das Symbol der Korruption und finstersten Rückständigkeit erblicken. Diese einseitige Stellungnahme für ein überlebtes Regime, das seine Existenz der Fortdauer des Kalten Krieges verdankt, wird uns bestimmt keine Sympathien einbringen. Wieder einmal erweist es sich, dass mächtige Kräfte in der Kanzlerpartei ihr Bild und ihre Politik an Symbolen der Vergangenheit orientieren.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel